

„Miteinander – Füreinander“

Förderverein der Geschwister-Scholl-Schule Ruhland

§ 1 – Name, Sitz, Geschäftsjahr

(1)

Der Verein führt den Namen *„Miteinander – Füreinander Förderverein der Geschwister-Scholl-Schule Ruhland“*. Er soll in das Vereinsregister eingetragen werden und danach den Namen *„Miteinander – Füreinander“ Förderverein der Geschwister-Scholl-Schule Ruhland e. V.“* führen.

(2)

Der Verein hat seinen Sitz in 01945 Ruhland, Dresdener Str. 9.

(3)

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 2 – Zweck, Aufgaben, Gemeinnützigkeit des Vereins

(1)

Der Verein *„Miteinander – Füreinander Förderverein der Geschwister-Scholl-Schule Ruhland e. V.“* dient allein der Verfolgung gemeinnütziger Zwecke auch im Sinne des Abschnitts *„steuerbegünstigte Zwecke“* der Abgabenordnung (AO).

(2)

Diese Zwecke bestehen in der Förderung der Bildungs- und Erziehungsanliegen der Oberschule *„Geschwister-Scholl-Schule Oberschule mit Primarstufe“* Ruhland in Zusammenarbeit mit Eltern, Lehrkräften, regionalen Unternehmen und Freunden und der Realisierung des sozialen Ausgleichs der Schule im gesellschaftlichen Umfeld. Zudem soll eine Vermittlung von Lebenskompetenzen, Vorstellung von Berufsbildern mit ihren Entwicklungsmöglichkeiten sowie die Unterstützung der Schülerinnen und Schüler auf ihrem Weg ins Berufsleben unter gleichzeitiger Förderung von Kontakten zur Innung, zum Handwerk, zu Verbänden, Behörden und Firmen erfolgen. Der Satzungszweck soll durch Dialog und Zusammenarbeit der Mitglieder und interessierte Dritte erreicht werden.

(3)

Der Verein ist selbstlos tätig. Er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins. Keine Person darf durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen oder durch Ausgaben, die dem Zwecke des Vereins fremd sind, begünstigt werden.

§ 3 – Erwerb und Beendigung der Mitgliedschaft

(1)

Mitglied des Vereins kann jede volljährige oder minderjährige natürliche Person und jede juristische Person werden.

(2)

Der Mitgliedsantrag erfolgt schriftlich gegenüber dem Vorstand. Dieser entscheidet hierüber nach freiem Ermessen. Eine Mitteilung von Ablehnungsgründen an den Antragsteller ist nicht erforderlich. Eine Anfechtung gegenüber der Mitgliederversammlung ist nicht möglich.

(3)

Die Mitgliedschaft wird durch schriftliche Mitteilung des Annahmebeschlusses wirksam – Aufnahme.

(4)

Auf Vorschlag des Vorstands kann die Mitgliederversammlung Ehrenmitglieder auf Lebenszeit aufnehmen.

(5)

Die Mitgliedschaft im Verein endet durch Tod, Austritt oder Ausschluss.

(6)

Der Austritt ist schriftlich gegenüber dem Vorstand zu erklären. Der Austritt kann nur mit einer Frist von drei Monaten zum Ende des Geschäftsjahres erklärt werden. Ein Mitglied kann durch Beschluss der Mitgliederversammlung aus dem Verein ausgeschlossen werden, wenn es

- a) schuldhaft das Ansehen oder die Interessen des Vereins in schwerwiegender Weise geschädigt hat oder
- b) mehr als drei Monate mit der Zahlung seiner Mitgliedsbeiträge im Rückstand ist und trotz schriftlicher Mahnung unter Setzung einer Zahlungsfrist von wenigstens 4 Wochen sowie Androhung des Ausschlusses die rückständigen Beiträge nicht eingezahlt hat.

(7)

Dem Mitglied ist Gelegenheit zu geben, in der Mitgliederversammlung zu den Gründen des Ausschlusses Stellung zu nehmen. Diese sind ihm schriftlich nebst Belehrung mindestens zwei Wochen vorher mitzuteilen.

§ 4 – Mitgliedsbeiträge

(1)

Jedes volljährige Mitglied hat einen Mitgliedsbeitrag in Höhe von 12,00 Euro, minderjährige Mitglieder in Höhe von 6,00 Euro pro Jahr zu entrichten. Die Höhe wird von der Mitgliederversammlung festgelegt. Dabei ist die Offenheit des Vereins für die Allgemeinheit angemessen zu berücksichtigen. Erforderlichenfalls kann der Vorstand durch Mehrheitsbeschluss einzelne Beitragspflichten ganz oder teilweise erlassen. Ehrenmitglieder sind stets von sämtlichen Beiträgen befreit.

(2)

Zur Finanzierung besonderer Vorhaben oder zur Beseitigung finanzieller Notlagen kann die Mitgliederversammlung Sonderumlagen festsetzen.

(3)

Neue Mitglieder haben binnen zwei Wochen nach Aufnahme den geltenden Mitgliedsbeitrag in voller Höhe zu zahlen.

§ 5 – Rechte und Pflichten der Mitglieder

(1)

Jedes Mitglied hat das Recht, bei der Umsetzung der Vereinszwecke aktiv mitzuwirken und an gemeinsamen Veranstaltungen teilzunehmen. Jedes Mitglied hat gleiches Stimm- und Wahlrecht in der Mitgliederversammlung.

(2)

Jedes Mitglied hat die Pflicht, die Interessen des Vereins zu fördern, insbesondere regelmäßig seine Mitgliedsbeiträge zu leisten und soweit es in seinen Kräften steht, die Veranstaltungen des Vereins durch seine Mitarbeit zu unterstützen.

(3)

Jedes Mitglied hat im Rahmen des Vereinszwecks den gleichen Anspruch auf Nutzung von Vereinseigentum sowie auf Hilfestellung durch Rat und Tat, vermittelt durch den Vorstand.

§ 6 – Organe des Vereins

Organe des Vereins sind der Vorstand und die Mitgliederversammlung.

(1)

Dem Vorstand des Vereins obliegen die Vertretung des Vereins nach 326 BGB und die Führung seiner Geschäfte. Der Vorstand besteht mindestens aus dem/der Vorsitzenden, seinem/ihrer Stellvertreter, einem/einer Schriftführer/ -in und dem/der Kassierer / -in. Er kann auf Beschluss der Mitglieder/Gründungsmitglieder erweitert werden. Der Vorsitzende vertritt den Verein gerichtlich und außergerichtlich allein. Im Übrigen vertreten zwei Vorstandsmitglieder den Verein gemeinsam.

(2)

Der Vorstand ist für alle Angelegenheiten des Vereins zuständig, insbesondere für

- a) die Einberufung und Vorbereitung der Mitgliederversammlung einschließlich der Aufstellung der Tagesordnung
- b) die Ausführung von Beschlüssen der Mitgliederversammlung
- c) die Verwaltung des Vereinsvermögens und die Anfertigung des Jahresberichtes
- d) die Aufnahme neuer Mitglieder.

(3)

Die Vorstandsmitgliedschaft setzt Vereinsmitgliedschaft voraus. Die Mitgliederversammlung wählt den Vorstand für die Dauer von zwei Jahren (beginnend mit der Feststellung der Wahl). Eine Wiederwahl oder die vorzeitige Abberufung des Mitglieds durch die Mitgliederversammlung sind zulässig. Ein Mitglied bleibt nach Ablauf der regulären Amtszeit bis zur Wahl seines Nachfolgers im Amt. Scheidet ein Mitglied vorzeitig aus dem Vorstand aus, so sind die verbleibenden Mitglieder berechtigt, ein Mitglied des Vereins bis zur Wahl des Nachfolgers durch die Mitgliederversammlung in den Vorstand zu wählen.

(4)

Der Vorstand tritt nach Bedarf zusammen. Sitzungen werden vom Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung von seinem Stellvertreter einberufen. Eine Frist von wenigstens einer Woche soll eingehalten werden. Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens zwei Mitglieder anwesend sind. Bei der Beschlussfassung entscheidet die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung die seines Stellvertreters.

Die Beschlüsse des Vorstandes sind zeitnah zu protokollieren. Das Protokoll ist vom Schriftführer, hilfsweise von einem anderen teilnehmenden Vorstandsmitglied zu unterschreiben.

§ 7 – Mitgliederversammlung

(1)

Die Mitgliederversammlung ist zuständig für die Entscheidung in folgenden Angelegenheiten

- a) Änderungen der Satzung,
- b) Auflösung des Vereins,
- c) Ernennung von Ehrenmitgliedern sowie den Ausschluss von Mitgliedern aus dem Verein,
- d) die Wahl sowie die Abberufung der Mitglieder des Vorstandes,
- e) die Entgegennahme des Jahresberichtes und die Entlastung des Vorstandes,
- f) die Festsetzung der Aufnahmegebühr und Mitgliedsbeiträge,
- g) Bestellung von Ausschüssen, Delegierten und Rechnungsprüfern.

(2)

Mindestens einmal im Jahr, möglichst im ersten Quartal, hat der Vorstand eine ordentliche Mitgliederversammlung einzuberufen. Die Einberufung erfolgt schriftlich unter Einhaltung einer Frist von zwei Wochen und unter Abgabe der Tagesordnung. Die Frist beginnt mit dem auf die Absendung folgenden Tag.

Die Einladungsschreiben sind an die letzte im Verein bekannte Adresse des einzelnen Mitglieds zu richten.

(3)

Die Tagesordnung setzt der Vorstand fest. Jedes Vereinsmitglied kann bis spätestens eine Woche vor der Mitgliederversammlung beim Vorstand schriftlich eine Ergänzung der Tagesordnung beantragen. Über den Antrag entscheidet der Vorstand. Über abgelehnte oder erst in der Versammlung gestellte Anträge zur Tagesordnung entscheidet die Mitgliederversammlung mit der Mehrheit der Stimmen der anwesenden Mitglieder. Dies gilt

nicht für Anträge, die eine Änderung der Satzung, die Auflösung des Vereins oder die Änderung der Mitgliedsbeiträge zum Gegenstand haben.

(4)

Der Vorstand hat eine außerordentliche Mitgliederversammlung einzuberufen, wenn es das Interesse des Vereins erfordert oder wenn ein Viertel der Mitglieder dies schriftlich unter Angabe des Zwecks und der Gründe beantragt. Soweit die Umstände dies zulassen, ist eine Ladungsfrist von zwei Wochen einzuhalten und die Tagesordnung mit der Einladung bekannt zu geben.

(5)

Die Mitgliederversammlung wird von dem/der Vorsitzenden, bei dessen/deren Verhinderung von seinem/ihren Stellvertreter und bei dessen/deren Verhinderung von einem durch die Mitgliederversammlung zu wählenden Versammlungsleiter geleitet. Bei den Wahlen kann die Leitung für die Dauer der Wahl einem Wahlausschuss übertragen werden.

(6)

Die Mitgliederversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens ein Viertel aller Vereinsmitglieder anwesend ist. Bei Beschlussunfähigkeit ist der Vorstand verpflichtet, innerhalb von vier Wochen eine zweite Mitgliederversammlung einzuberufen. Diese ist ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig. Hierauf ist in der Einladung hinzuweisen.

(7)

Die Art der Abstimmung bestimmt der Versammlungsleiter. Die Abstimmung muss schriftlich durchgeführt werden, wenn ein Mitglied dies beantragt. Zur Beschlussfassung erforderlich ist die einfache Mehrheit der gültigen, abgegebenen Stimmen. Enthaltungen bleiben außer Betracht. Zur Satzungsänderung ist eine Drei-Viertel-Mehrheit, zur Vereinsauflösung eine Neun-Zehntel-Mehrheit erforderlich. Änderungen des Vereinszwecks erfordern die Zustimmung aller Mitglieder. Nichterschienene Können diese nur binnen eines Monat gegenüber dem Vorstand erklären. Die Frist beginnt mit dem auf die Mitgliederversammlung folgenden Tag.

(8)

Kann bei Wahlen kein Kandidat die Mehrheit der Stimmen auf sich vereinen, ist gewählt, wer die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat. Zwischen mehreren Kandidaten ist eine Stichwahl durchzuführen. Stimmenthaltungen gelten als ungültige Stimmen.

(9)

Über den Ablauf der Mitgliederversammlung und die gefassten Beschlüsse ist ein Protokoll zu fertigen. Dieses ist vom Protokollführer und vom Versammlungsleiter zu unterschreiben.

§ 8 – Auflösung, Beendigung aus anderen Gründen, Wegfall steuerbegünstigter Zwecke

(1)

Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fließt das Vermögen dem Amt Ruhland zu und soll ausschließlich zum Zwecke der Bildung für die Geschwister-Scholl-Schule Ruhland eingesetzt werden.

Liquidatoren sind der/die Vorsitzende und sein/ihr Stellvertreter/-in, hilfsweise der/die Kassierer/-in in gemeinschaftlicher Vertretung, soweit die Mitgliederversammlung nichts anderes beschließt.

(2)

Die vorstehenden Bestimmungen gelten entsprechend, wenn der Verein aus einem anderen Grund aufgelöst wird und seine Rechtsfähigkeit verliert.

Vorstehende Satzung wurde am 25.10.2012 errichtet und am 02.05.2013 durch eine außerordentliche Mitgliederversammlung geändert.